



Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

64. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 9. Febr.).

11 Uhr. Am Ministerial-Lenhardt mit den Geheimen Justizräthen Rindfleisch und Schmidt.

Das Haus erledigt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Ausdehnung verschiedener preussischer Gesetze auf den Kreis Herzogthum Lauenburg und tritt dann in die dritte Beratung des Entwurfs eines Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze ein. Eine Generaldebatte findet nicht statt. Zur Specialdebatte liegen nur wenige Anträge vor. Der erste bezieht sich auf den früheren § 14, jetzt § 20, welcher nach den Beschlüssen des Hauses lautet: Die Siege der Amtsgerichte werden durch Gesetz bestimmt. Die erste Feststellung derselben kann auf Grund einer gesetzlichen Ermächtigung durch den Justizminister erfolgen.

Die Bezirke der Amtsgerichte werden durch den Justizminister gebildet. — Dieselben können vom 1. October 1881 ab nur durch Gesetz verändert werden.

Veränderungen solcher Gemeinde- oder Ortsbezirksgrenzen, welche zugleich die Grenzen von Amtsgerichtsbezirken bilden, ziehen die Veränderung der letzteren Grenzen ohne Weiteres nach sich.

Die Abgeordneten Hornik und Genossen beantragen die ersten beiden Absätze des § 20 folgendermaßen zu fassen: „Die Siege und Bezirke der Amts-Gerichte werden durch den Justizminister bestimmt. Dieselben können vom 1. October 1881 ab nur durch Gesetz verändert werden.“

Abg. Löwenstein beantragte, an Stelle der Worte: durch den Justizminister, zu setzen: „durch königliche Verordnung.“

Abg. Dr. Hornik: Wenn wir die Siege und Bezirke der Amtsgerichte durch ein besonderes Gesetz regeln wollen, so glaube ich, daß wir in eine detaillierte Beratung der gesetzlichen Bestimmungen und der jedenfalls massenhaft einlaufenden Petitionen gar nicht eintreten können, weil die hienach qualifizierten Sachverständigen fehlen. Außerdem wird durch das Warten auf dieses Gesetz die Fortführung der Justizorganisation verzögert und ganz bestimmt der Termin für die Einführung der Organisation nicht innegehalten werden.

Justizminister Dr. Lenhardt: Wird der § 20 in seiner jetzigen Fassung angenommen, so ist es selbstverständlich, daß ich einen Gesetzentwurf vorlegen muß (Sehr richtig!), da ich auf die ungewisse spätere Ermächtigung mich nicht verlassen kann. Es mag Vortheile haben, die Sache gesetzlich zu regeln, aber jedenfalls entschwindet dann die Aussicht, daß der Termin für die Einführung der Justizorganisation eingehalten wird. Der Abg. Windthorst (Meppen) hat gut reden, wenn er sagt: wir müssen fertig werden. Wenn die Unmöglichkeit vorliegt, werden wir eben nicht fertig. Die im zweiten Satz des § 20 in Aussicht gestellte eventuelle Ermächtigung könnte für den Justizminister eine Verlockung sein, einen solchen Gesetzentwurf überhaupt nicht auszuarbeiten, da in Folge dessen notwendiger Weise die Ermächtigung ertheilt werden müßte.

Abg. Dr. Lasker: Der zweite Satz des § 20 hat keineswegs die Bedeutung, daß das Haus nächsten Herbst in eine Specialdiscussion über den vorliegenden Gesetzentwurf eintreten muß, sondern will nur dem Haus Gelegenheit bieten, sich über die bezüglichen Ansichten der Regierung zu informieren. Heute können wir dem Justizminister die Ermächtigung nicht ertheilen, weil er selbst erklärt hat, heute die Grundzüge wegen Regelung der Siege und Bezirke der Amtsgerichte noch nicht übersehen zu können. Muß die Regierung einen Gesetzentwurf vorlegen, so liegt darin auch die Garantie dafür, daß sie in den ausstehenden Grundrissen die Interessen des Landes und der nicht bloß die Justizverwaltung betreffen.

Justizminister Dr. Lenhardt: Ich werde Alles aufbieten, um die Sache bis zum 1. October 1879 zu regeln, aber die Schwierigkeiten sind gerade in Preußen außerordentlich groß, größer als in den anderen deutschen Staaten. Diese haben meist eine einheitliche Organisation, während wir eine vierfache haben, um nicht weiter zu gehen. Auch sind die Prozeduren in den anderen Staaten einfacher als bei uns. Baden z. B. kommt in einem Monat mit seiner Organisation wieder als Preußen in einem Jahre. Im badischen Ausführungsgesetz z. B. wird nur das Oberlandesgericht festgestellt und alles Uebrige der Verordnung überlassen. Mit solchen Principien kann man weiter kommen. Ein Gesetzentwurf macht dem Justizminister mehr Schwierigkeiten als die Verordnung. Bei letzterer fallen beispielsweise die zeitraubenden Motive ganz weg. Einen Gesetzentwurf ohne Motive kann ich aber doch nicht vorlegen.

Abg. Schütt: Lassen wir den § 20 in seiner jetzigen Fassung stehen, dann werden wir nächsten Herbst über die Siege und Bezirke der Amtsgerichte abstimmen und in eine Specialdiscussion über eventuelle Abänderungs-Anträge und die einlaufenden Petitionen einzutreten haben. Daß dies mit großen Unzulänglichkeiten verbunden ist, wird Niemand leugnen. Diese Unzulänglichkeiten macht die Annahme unseres Antrages unmöglich.

Abg. v. Köller: Der Justizminister soll in dem vorliegenden Gesetz nur die Grundzüge mittheilen, von welchen die Justizverwaltung bei Regelung der Sache ausgeht. Eine Specialdiscussion ist gar nicht nötig. Sehen wir, daß die Justizverwaltung die Siege und Bezirke nicht bloß im Interesse der Justizbeamten, sondern auch im Interesse des Publikums und speciell auch der ländlichen Bevölkerung feststellt, und daß namentlich auch dem Kostenpunkt entsprechende Rechnung getragen wird, so können wir die Ermächtigung ohne Weiteres geben. Ich stimme für Aufrechterhaltung des § 20.

Abg. Löwenstein: Wenn wir uns betreffs der Siege und Bezirke der Landgerichte durch Karten und geographische Lehrbücher haben informieren können, so wird dies bei den Amtsgerichten schwerlich möglich sein, da es sich hier oft um ziemlich unbekannte Orte handelt. Unsere Informationen könnten wir uns also nur von der Regierung holen oder von den betreffenden Interessenten; diese Information ist aber nicht genügend. Wir werden also das geforderte Gesetz nicht gründlich prüfen können. Eine Beratung desselben „in Pausen und Bogen“ würde uns den Vorwurf der Oberflächlichkeit zuziehen, und den muß jede parlamentarische Körperschaft vermeiden. Ueberlassen wir die Regelung deshalb dem Minister, aber schalten wir die Worte ein: durch königliche Verordnung, weil dann das gesamte Staatsministerium gehört werden muß und so auch das Verwaltungsressort seine Stimme abgeben kann.

Abg. Berger (Witten): Bessere Sachverständige für die einzelnen Bezirke kann es doch kaum geben, als die betreffenden Abgeordneten; jedenfalls besitzen sie mehr Localkenntnisse als die Regierung, die sich doch nur auf die Berichte untergeordneter Behörden in den betreffenden Bezirken verlassen kann. Der § 20 ermöglicht uns die Prüfung der Grundsätze der Regierung und ich stimme deshalb für seine Aufrechterhaltung.

Justizminister Dr. Lenhardt: Die Organisation des Staatsministeriums ist eine solche, daß die Angelegenheit ihm auch dann zur Verzählung unterbreitet werden muß, wenn Sie das Amendement Löwenstein ablehnen.

Bei der Abstimmung wird § 20 in der von der Commission vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Der zweite Antrag bezieht sich auf den früheren § 42, der in der zweiten Beratung mit Stimmengleichheit abgelehnt wurde. Die Abgg. Krich, Chilo, Hornik und Köhler (Göttingen) beantragen die Wiederaufnahme des Paragraphen in folgender Fassung: Das Oberlandesgericht in Berlin ist ausschließlich zuständig für die Verhandlung und Entscheidung: 1) über die nicht zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehörenden Revisionen gegen Urtheile der Strafkammern in erster Instanz; 2) über die Revisionen gegen Urtheile der Strafkammern in der Berufungsinstanz und über alle Beschwerden gegen Entscheidungen der Strafkammern, sofern eine nach allgemeinen Landesgesetzen strafbare Handlung den Gegenstand der Untersuchung bildet. In den unter Nr. 2 bezeichneten Beschwerdefällen findet bei Zweifeln über die Zuständigkeit der § 388 der deutschen Strafproceßordnung entsprechende Anwendung.

Abg. Löwenstein: Die Angelegenheit ist im Allgemeinen bei der zweiten Beratung genügend erörtert worden. Ich bin überzeugt, daß der Annahme dieses Paragraphen juristische oder politische Erwägungen nicht entgegen-

stehen. Bei Beratung der Reichsjustizgesetze hatte die Reichsregierung vorgeschlagen, im Interesse der Entlastung des Reichsgerichts, die Revision in Landesstrafsachen den Oberlandesgerichten zu überweisen; diese Ansicht ist auch von der großen Mehrheit des Reichstages getheilt worden. Gegen den Paragraphen nimmt Viele wohl nur der Name „Berlin“ ein; wenn die Regierung ein anderes Oberlandesgericht genannt hätte, so glaube ich, daß die Opposition eine viel geringere sein würde. Man hat von einem Ausnahmegelehrten gesprochen; aber mit Ausnahme der Strafbestimmungen der Maigesetze, welche zudem bald obsolet sein werden, da wir bei der längeren Dauer der Maigesetze heftiglich die Strafbestimmungen derselben nicht mehr anzuwenden brauchen, bleibt dann nur noch das Vereinsgesetz, und dieses werden wir über kurz oder lang auf das Reich übertragen müssen. Es liegt auch kein Grund vor, anzunehmen, daß das Berliner Oberlandesgericht die Maigesetze unrichtiger auslegen wird als ein anderes Gericht, nichts spricht dafür, daß dieses von vorne herein ein besonders corruptibles sein wird, daß lauter besondere Kämpfe für die Maigesetze an demselben angezettelt sein werden. Wenn man solche Befürchtungen hegt, so könnte man auch meinen, daß alle übrigen Oberlandesgerichte in der gleichen Weise corruptivirt würden. Mit der Einsetzung eines solchen obersten Landesgerichtes mit der für das Berliner Gericht vorgeschlagenen Competenz wird auch nicht der Reim zu einem neuen Obergericht gelegt; im Gegentheil könnte dies eher der Fall sein, wenn man die Competenz der 13 Oberlandesgerichte aufreht erhält, wobei sich leicht eine Verschiedenheit der Rechtsprechung herausstellen könnte. Andererseits sieht man, von nationalem Standpunkt aus, in der Einrichtung eines solchen Gerichtes ein Hinderniß, die betreffenden Angelegenheiten lediglich auf das Reich zu übertragen. Diesen nationalen Standpunkt theile auch ich; aber ich glaube, daß wir, so lange diese Uebertragung auf das Reichsgericht noch nicht zu ermöglichen ist, doch das Interesse der Einheit unseres Landesrechts wahren müssen. Ich bitte, den Paragraphen wiederherzustellen.

Justizminister Dr. Lenhardt: Der Paragraph des Reichsjustizgesetzes, welcher einen solchen obersten Gerichtshof zuläßt, verbietet seine Einsetzung nicht, wie man auf verschiedenen Seiten gesagt hat, den Bestrebungen Baierns oder sonst welchen particularistischen Neigungen, sondern ist besonders auf Wunsch der preussischen Regierung aufgenommen worden. Die Regierung habe niemals Bedenken gehabt, daß diese Bestimmung nicht ausgeführt werden würde oder daß daraus politisches Capital geschlagen wurde. Preußen hat darauf Werth gelegt, weil es auf die bislang gehegte Rechts-einheit nicht verzichten kann. Wir haben unseren obersten Gerichtshof aufgegeben, aber man kann nicht verlangen, daß wir auch die Rechts-einheit in wichtigen Materien aufgeben. Man hat gesagt, daß die Rechts-einheit durch eine Uebertragung der betreffenden Sachen auf das Reichsgericht gewahrt würde. Dem kann ich aus formellen und sachlichen Gründen nicht beitreten. Wir können nicht auf eine Aenderung der im Reichstage gefassten Beschlüsse dringen. Ich bin auch für eine große Zuständigkeit des Reichsgerichts, aber innerhalb der Grenzen der ihm zukommenden Sachen; es kann der Autorität des Reichsgerichts nur schaden, wenn es „überfüllt“ und mit Landesstrafsachen beschäftigt wird. Das gehört nicht dahin, das Gericht soll sich mit dem gemeinen deutschen Rechte beschäftigen. Zudem kann Preußen nicht ohne besonders zwingende Gründe Verbesserungsanträge zu dem Reichsjustizgesetz stellen, noch bevor dieses Gesetz ins Leben getreten ist. Preußen würde dadurch in eine schlechte Stellung zu den anderen Staaten gegenüber gebracht, die auch Schmerzen und besondere Wünsche haben; diese Staaten würden mit Recht der Ansicht sein, daß ihnen dasselbe recht ist, was für Preußen billig sei. Ich bitte Sie, die Regierungsvorlage wieder herzustellen; die Regierung wird nur durch das Interesse für die Rechts-einheit geleitet und hat in keiner Weise politische Erwägungen geegelt.

Abg. Windthorst (Bielefeld): Die Zulässigkeit einer solchen Bestimmung in dem vorliegenden Gesetze ist nicht zu bestreiten, aber sie widerspricht den allgemeinen Normen des Einführungsgesetzes zum deutschen Gerichtsverfassungsgesetz, welches davon ausgeht, daß alle derartigen Landesstrafsachen den Provinzial-Gerichtshöfen überlassen bleiben sollen. Der Reichs-gesetzgebung sollen keine Schwierigkeiten bereitet werden, die soll ihren freien Lauf haben; denn es ist kaum anzunehmen, daß die Reichsregierung so schnell auf die Resolution, dem Reichsgericht die Competenz in diesen Sachen zu übertragen, eingehen wird. Der Name „Berlin“ hat allerdings einigen Eindruck gemacht, aber er ist nicht das durchschlagende Moment für die Entscheidung. Wenn man die Einheit der Rechtsprechung in Landesstrafsachen betont, warum dann nicht auch die Einheit in civilrechtlichen Sachen, die doch mindestens eben so wichtig, wenn nicht wichtiger sind? Der Paragraph in seiner jetzigen Fassung enthält übrigens eine große Inconsequenz; denn in den wichtigen Fragen des Reichsstrafrechtes können die Oberlandesgerichte nicht mit dem Reichsgericht in Leipzig in Widerspruch treten, da besteht eine einheitliche Instanz nicht. Bedenken erregt es ihm besonders, daß es den Anschein haben könnte, als ob es sich hier um einen Ausnahmegerichtshof zu Gunsten der Maigesetze gegen die Ultramontanen handle; man müsse sich immer vor Augen halten, daß sich der Spieß einmal umkehren könnte.

Abg. Krich befreit, daß die Schaffung eines solchen obersten Landesgerichtes den allgemeinen Normen der deutschen Justizgesetze widerspreche. Selbst die Commission, die doch den Paragraphen zänglich gestrichen hat, ist der Ansicht gewesen, daß eine Rechts-einheit nothwendig sei, und hat deshalb eine Resolution vorgeschlagen, die eine Uebertragung dieser Competenz auf das Reichsgericht fordert.

Abg. Windthorst (Meppen): Es handelt sich um eine eminent politische Frage, der man nur das Mäntelchen der Rechts-einheit umhängt, um sie möglichst harmlos erscheinen zu lassen. Der Gerichtshof sei nur eine Analogie des Besonderen Senates des Kammergerichts zur Abtheilung politischer Vergehen höherer Ordnung, beide sind Ausnahmegerichte, die nicht zur Hiere des preussischen Staates dienen. Es ist überhaupt nicht nötig einen solchen Gerichtshof zu autoritativen Entscheidungen zu haben; das können nur diejenigen wünschen, die sich an den Druck der Urtheile des Obergerichtes gewöhnt haben. Wenn ja einmal ein Gericht einen ungerechtfertigten Auspruch thut, so wird es sich schon durch das Urtheil eines andern Gerichtes und dessen wissenschaftliche Begründung rectificiren lassen. Man hat gar nicht erwartet, daß Preußen von der angelegenen Ausnahmebestimmung Gebrauch machen werde. Der Zwang der Dinge muß dahin führen, daß alles Criminalrecht in letzter Instanz an das Reichsgericht gebracht wird. Ich bin durchaus nicht dagegen, daß dies geschieht, und ich bin sogar bereit, wenn kein Anderer das thun will, morgen auf den Tisch des Reichstages einen Antrag niederzulegen, daß es Preußen gestattet sein möge, diese Strafsachen an das Reichsgericht zu bringen.

Justizminister Dr. Lenhardt: Preußen verspricht es aus der Reichs-gesetzgebung besondere Vortheile für sich in Anspruch zu nehmen, es liebt keine bajawarische Klausel. (Heiterkeit.) Die in Rede stehende Bestimmung ist von Preußen vorgelegt; auf wen sollte sie denn auch noch anders Anwendung finden, als auf Preußen oder Baiern? Es liegt also nahe, daß Preußen von diesem Paragraphen Gebrauch macht, und zu keiner Zeit hat die Regierung den Gedanken gehabt, daß man ihr dieses Recht freitrag machen könnte. Wenn man freilich die Rechts-einheit hier immer bei Seite schiebt, dann ist der Paragraph überflüssig, aber weshalb ist er denn überhaupt gemacht? Wie können Sie das erklären? (Abg. Windthorst-Meppen: Clausula bajavarica!) Ich bitte Sie also, den Antrag Krich anzunehmen, weil ohne denselben die Rechtsprechung gefährdet ist; alle andern vorgeschlagenen Hilfsmittel sind ohne Wirkung.

In namentlicher Abstimmung lehnt das Haus den Antrag mit 191 gegen 163 Stimmen ab.

Das Haus hatte die Debatte über die §§ 37 und 47 zurückgestellt, da die zu demselben vorliegenden Anträge noch nicht gedruckt waren. Die Debatte wendet sich jetzt diesen Paragraphen zu, welche von der Vertretung der Amts- resp. Landrichter handeln.

§ 37 bestimmt nach den Beschlüssen zweiter Lesung: „Die Justizverwaltung bezieht sich im Voraus diejenigen Amtsrichter, welche zur Vertretung (nämlich bei den Landgerichten) einberufen werden dürfen. Vor Beginn des Geschäftsjahres wird für die Dauer desselben von dem Präsidium des Landgerichts die Reihenfolge bestimmt, in welcher die Ein-

berufung erfolgen soll. Sie erfolgt durch das Präsidium, in eiligen Fällen durch den Präsidenten des Landgerichts.“

Hierfür beantragen die Abgeordneten Lasker und Löwenstein folgende Fassung: „Die Einberufung der Vertreter erfolgt durch den Präsidenten des Landgerichts nach einer jährlich vor Beginn des Geschäftsjahres durch das Präsidium des Landgerichts festzusetzenden Reihenfolge.“

Der § 47 enthält ähnliche Bestimmungen für die Vertretung der Oberlandesrichter durch die Landrichter; zu demselben liegt ein dem Amendement zum § 37 entsprechender Antrag Lasker vor.

Abg. Löwenstein charakterisirt das Verfahren nach den Beschlüssen zweiter Lesung als zu schwerfällig, welchem Mangel die gestellten Anträge abhelfen sollen.

Justizminister Lenhardt ist mit diesen Anträgen einverstanden.

Die §§ 37 und 47 werden mit den Anträgen Lasker angenommen.

Zum § 88, der die Amtstracht für die Richter einführen will, beantragt Abg. von Gaubeder, dieselbe nur bestehen zu lassen, wo sie landes-

üblich ist.

Abg. Lasker beantragt: Für den Fall der Annahme des § 88 demselben folgenden Absatz hinzuzufügen: „Die Anordnung kann für die einzelnen Oberlandesgerichtsbezirke verschieden getroffen werden.“

Abg. Löwenstein glaubt nicht, daß eine solche Bestimmung in ein Organisationsgesetz gehöre. Solche Bestimmungen sind auch in Ländern, wo die Amtstracht eingeführt ist, nicht gesetzlich fixirt worden; vielmehr würde sich die eventuelle Regelung der Frage im Wege des Reglements oder der Institution empfehlen. Wir haben keine Veranlassung den Richter auf einen besonderen Rothurn zu setzen und ihn äußerlich von den übrigen Schöffen zu unterscheiden. Der Zeitpunkt zur Einführung einer Amtstracht ist ein ungeeigneter. Ein schwarzes Weinfleisch und ein schwarzer Oberrock ist mindestens ein eben so würdiger Anzug wie Robe und Barett. Im Interesse des Ansehens der Gerichte und in Rücksicht auf die Anschauung der östlichen Provinzen bittet Redner principaliter um Streichung des Paragraphen, eventualiter um Annahme der Anträge.

Abg. Gneist weist darauf hin, daß man im Auslande Gewicht darauf lege, den Richter äußerlich durch eine ehrfurchtgebietende Kleidung von den Schöffen und dem Staatsanwalt zu scheiden, weil er andere Functionen hat. Bei uns konnte sich bisher eine Amtstracht nicht einbürgern, weil unsere Vorfahren ein mehr schriftliches und geheimes Verfahren hatten und unser Land in viele Territorien zerrissen war. Gerade in Zeiten der politischen Kämpfe empfiehlt es sich, den Richterstand auch äußerlich als einen ehrwürdigen und unantastbaren zu kennzeichnen. In wenigen Jahren werden die anfänglichen Scherze über die Amtstracht entschieden aufgehört haben.

Abg. v. Meyer (Arnswalde) erklärt sich gegen die neuliche Aeußerung Reichenspergers, daß nur der „Pöbel“ die Amtstracht der Richter verspotten werde. Dieser Pöbel könnte ein bedeutender Theil der Bevölkerung sein, auf den man gerade mit der Amtstracht eine Wirkung erzielen will. In wenigen Jahren wird man sich allerdings an die Amtstracht gewöhnt haben, aber bis dahin wird das Ansehen der Gerichte durch den Spott schon sehr erschüttert sein. (Widerpruch.) Redner empfiehlt die Ablehnung des Paragraphen.

Justizminister Lenhardt will weder für, noch gegen die Amtstracht sprechen, hält aber die gestellten Anträge für unzumuthbar.

Abg. Braun (Wiesbaden) bittet, der communis opinio aller Culturstaaen, in denen öffentliches mündliches Verfahren eingeführt ist, zu folgen und auch bei uns die Amtstracht einzuführen. Gerade in England, wo das Laienelement am meisten bei der Rechtsprechung theilnimmt, trägt der Richter eine Amtstracht, ohne daß sich erstere dadurch zurückgesetzt fühlt. Eine Verschiedenheit kann man aber nicht zugeben, entweder verwerft man die Amtstracht überhaupt, oder sie ist eine gleiche für alle Richter; sonst müßten sich dieselben bei jeder Versetzung ummassiren. (Sehr richtig! Heiterkeit.)

Die Anträge Gaubeder und Lasker werden abgelehnt und der § 88 unverändert angenommen, ebenso die übrigen Paragraphen des Gesetzes. Sodann wird das Gesetz im Ganzen definitiv genehmigt.

Das Haus genehmigt noch folgende Resolution: Die Staatsregierung aufzufordern, darauf hinzuwirken, daß, soweit das Bedürfnis nach einheitlicher Rechtsprechung in der Revisionsinstanz für Landesstrafsachen sich ergibt, durch reichsgesetzliche Regelung die Zuständigkeit des Reichsgerichts begründet werde.

Dem Präsidenten wird dann die Ermächtigung ertheilt, die nächste Sitzung und die Tagesordnung für dieselbe nach Lage der Geschäfte anzuberaumen.

Schluß 3 Uhr.

Berlin, 9. Febr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem General-Major a. D. Laurin, bisher Commandeur der 5. Infanterie-Brigade, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem General-Major von Caprivi, Commandeur der 5. Infanterie-Brigade, das Kreuz der Romthure des Königlich-haus-Ordens von Hohenzollern; den Garnison-Schullehrern Luca und Schmidt zu Frankfurt a. O. den Adler der Inhaber desselben Ordens; dem Bäckermacher a. D. Senff zu Acherleben, dem pensionirten Gerichtsboden und Executor Schmidt zu Potsdam und dem Portier und Lohnbdiener Moses Rubens zu Rembe das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Seconde-Lieutenant Meier im 4. Thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 72, dem Vice-Feldwebel der Reserve, Kaufmann Karl Dabede zu Berlin, dem Gefreiten Karl Schulz im Pommerischen Pionnier-Bataillon Nr. 2 und dem Grenadier Gebauer im 1. Garde-Regiment zu Fuß die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Kaiserlich-königlich österreichischen Oberst-Lieutenant im Generalstab-Corps, Flügel-Adjutanten Sr. Majestät des Kaisers und Militär-Bevollmächtigten in Berlin, Bringen zu Liechtenstein, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse; dem Kaiserlich-russischen Staatsrath Diezelski von Kode zu Warschau den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; sowie dem Königlich-italienischen Oberst-Lieutenant im Generalstabe und Militär-Attaché in Berlin, Grafen Eudino del Magno, dem Königlich-schwedischen Major, Flügel-Adjutanten Sr. Majestät des Königs und Militär-Attaché in Berlin, Due, und dem General-Inspector im Königlich-belgischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten, van der Banden, den Königlich-kronen-Orden zweiter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Amtshauptmann Meyer zu Dorf den Charakter als Geheim-Regierungsrath verliehen.

Der bisherige Sektionsinspector, Bergassessor Dr. Rosmann, ist zum Berginspector ernannt und an die Königlich-Berginspektion zu Königshütte O/S. versetzt worden. Der bei der Bergisch-Märkischen Eisenbahnverwaltung angestellte Königlich-Berginspektor-Maschinenmeister Passauer zu Eberfeld ist in gleicher Amtseigenschaft nach Kassel versetzt worden. — Der Gerichts-Magistrat Dr. jur. Kraus in Cottbus ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Mohrungen und zugleich zum Notar im Departement des Opreussischen Tribunals zu Königsberg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Mohrungen, ernannt worden. Der Advocat und Notar, Rath zum Sande in Lingen hat auf die Ausübung der Advocatur verzichtet.

Berlin, 9. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und König] liegen sich gestern im Laufe des Tages von dem Minister des Königlich-haus, Freiherrn von Schleinitz, und dem Polizei-Präsidenten von Madat Vortrag halten. Heute nahmen Se. Majestät militärische Meldungen, sowie die Vorträge des Chefs des Militär- und des Civilcabinetts und des Staats-Ministers von Bülow entgegen.

[Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag militärische Meldungen entgegen. Gegen Mittag traten die höchsten Herrschaften mit Ihrer Königl. Hoheit der Prinzessin Charlotte der Prinzessin Elisabeth, Königl. Hoheit, einen Gratulationsbesuch zum Geburtstag ab. Nachmittags gegen 2 Uhr begab sich Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit der Kronprinz zum Jagdbiener nach Schloß Grunewald. (R. Anz.)

Gewinn-Liste der 4. Klasse 187. Königl. Preuss. Klassen-Lotterie.

Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Kochstraße 20, ohne Gewähr.

(Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parentese beigefügt.)

Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

70 88 97 151 207 85 337 (1500) 61 70 448 50 70 79 600 2 (3000) 3 65 711 93 (3000) 96 878 85 913 50 1051 128 201 (3000) 96 856 83 (3000) 49 496 529 34 56 224 43 81 344 49 438 78 95 891 935 70 84 (3000) 2002 (600) 56 92 90 3048 212 25 46 85 560 72 (3000) 519 97 705 848 (1500) 920 90 3048 212 25 46 85 560 72 (3000) 61 655 91 704 39 (3000) 833 922 (600) 4079 112 36 84 229 43 46 78 334 482 515 23 601 39 68 808 57 70 904 63 85 5068 83 163 283 (600) 313 89 93 429 (3000) 726 882 929 49 (3000) 73 6041 97 105 36 83 312 44 73 449 538 644 734 (3000) 84 (1500) 899 7175 89 231 356 411 55 (3000) 74 86 555 607 48 83 723 51 56 81 829 38 (3000) 42 912 26 (600) 29 33 (1500) 61 77 8008 30 49 97 98 134 77 200 31 78 82 389 422 59 (600) 564 66 74 (3000) 82 620 (300) 53 61 702 14 27 85 99 816 26 948 52 56 60 9012 30 33 (3000) 62 91 107 75 81 226 28 34 37 54 306 7 71 (3000) 455 62 588 634 (1500) 85 (300) 93 707 38 68 818 82 (300) 944 45.

10,054 71 94 106 29 49 (3000) 74 217 315 16 99 429 511 625 45 55 (3000) 731 (300) 46 88 920 (300) 11 000 84 128 44 90 205 (300) 38 (1500) 59 334 (300) 67 83 421 30 51 60 500 2 (600) 18 55 (3000) 79 671 74 614 (3000) 816 61 (3000) 906 33 79 89 96 12,002 22 28 34 41 68 (600) 249 27 52 61 84 423 68 89 552 92 707 49 88 843 46 911 22 49 13,029 73 127 82 92 (3000) 207 22 323 55 447 68 (600) 529 (600) 607 48 68 704 17 56 839 64 65 (3000) 99 902 76 14,032 39 67 89 (600) 191 213 36 44 (3000) 392 421 514 27 44 (600) 54 71 626 29 (1500) 724 26 (3000) 52 843 (3000) 972 15,015 (3000) 17 49 84 94 149 69 248 64 337 (600) 63 597 631 72 723 38 46 53 79 812 43 905 24 55 (3000) 73 16,054 78 (3000) 88 97 174 381 (1500) 84 410 527 87 605 700 40 914 15 54 17,029 68 77 105 40 (600) 46 84 94 225 62 (600) 377 (3000) 418 71 77 80 503 (3000) 27 32 (600) 622 37 78 732 (3000) 99 816 32 52 60 62 75 (600) 929 18,068 75 112 18 64 90 223 44 75 343 (3000) 82 448 51 97 540 69 83 620 73 798 802 9 906 13 (1500) 92 19,069 (3000) 128 200 23 31 70 80 97 340 426 61 520 (1500) 40 (600) 83 632 (600) 709 21 867 954 66 88.

20,039 46 107 13 28 65 71 (3000) 90 95 204 51 58 319 26 27 35 (3000) 564 602 7 77 736 88 899 948 21,053 114 53 56 207 28 41 43 74 338 (600) 62 403 10 27 505 49 72 75 79 664 72 95 (3000) 733 49 66 78 824 29 30 92 920 97 22,062 76 136 (3000) 221 44 74 78 446 505 31 50 73 651 766 862 944 51 91 (600) 23,053 70 (1500) 91 205 (600) 51 304 49 409 11 61 514 32 58 608 9 96 793 809 55 83 84 912 58 (3000) 75 24,022 63 403 6 41 43 81 84 522 630 68 99 840 56 72 904 27 37 25,013 116 62 72 73 239 309 23 24 37 (600) 47 413 68 574 651 94 725 76 98 867 79 91 941 61 26,010 (3000) 30 60 76 92 205 21 36 54 73 98 378 94 423 76 (1500) 97 602 26 (1500) 35 37 (3000) 710 24 47 72 95 843 85 913 27,017 49 127 55 (3000) 59 (3000) 98 300 (3000) 97 498 521 (600) 60 604 26 56 716 (3000) 49 843 99 (3000) 902 9 87 92 28,017 27 60 102 6 11 55 (1500) 56 (600) 64 222 36 46 341 78 (3000) 497 (300) 518 (3000) 620 62 64 761 830 54 909 13 37 85 97 29,001 40 43 48 81 158 61 95 200 94 314 33 82 487 509 61 86 98 669 724 37 79 887 938 84 94.

30,006 55 66 117 55 94 275 (3000) 343 407 46 549 63 79 687 715 72 874 98 911 53 (3000) 60 73 92 31,001 89 153 240 86 327 (3000) 414 547 607 32 (3000) 858 76 (600) 32,043 (1500) 105 34 307 35 98 (3000) 445 48 51 72 618 50 708 79 91 95 802 6 960 74 33,101 (3000) 28 44 (600) 225 92 331 49 96 401 8 19 54 548 61 668 778 87 853 88 920 73 34,052 (3000) 102 32 (3000) 45 263 69 335 42 402 3 14 (3000) 51 (3000) 69 551 59 (3000) 673 776 840 51 (3000) 65 66 919 70 86 35,000 46 116 (3000) 25 92 (3000) 97 236 362 77 82 418 (3000) 44 80 82 83 (3000) 515 59 628 31 39 (3000) 81 86 744 53 845 80 36,000 30 (3000) 185 238 489 92 97 109 19 (1500) 25 619 56 89 708 10 15 24 (1500) 917 32 56 (1500) 37,101 (1500) 66 171 213 399 449 57 556 (3000) 626 32 700 812 29 73 (3000) 76 905 67 38,055 (3000) 91 (3000) 116 220 (3000) 83 96 315 420 500 27 36 59 726 (3000) 877 (1500) 901 14 27 49 79 39,144 212 13 (3000) 395 465 642 771 821 39 924 33 40 83.

40,054 106 54 84 93 (3000) 96 (1500) 232 39 389 97 (3000) 426 33 51 57 71 (600) 77 81 603 46 767 814 53 910 41,040 61 140 57 88 213 353 85 590 (3000) 94 (1500) 95 757 852 99 962 42,046 52 (3000) 71 185 258 69 66 333 47 58 418 80 510 (3000) 28 006 (600) 81 96 722 810 54 94 998 43,020 24 66 (3000) 139 58 90 290 (1500) 363 83 99 400 62 63 517 25 658 58 713 49 819 95 44,086 151 77 240 45 66 92 382 498 534 639 50 63 70 (3000) 782 89 858 95 902 17 58 62 45,128 45 (3000) 58 86 249 372 478 82 86 89 92 (3000) 645 82 715 25 36 47 802 12 73 908 46,159 202 31 32 332 43 57 412 71 85 507 17 886 95 99 989 47,078 101 202 89 308 (3000) 33 435 68 (3000) 82 (600) 708 41 46 94 906 59 (600) 81 91 48,047 (3000) 117 93 (3000) 201 7 41 85 98 (3000) 331 49 63 (3000) 410 51 84 626 35 720 61 813 96 911 69 98 49,102 49 83 255 98 320 482 533 (3000) 56 630 (1500) 37 739 68 821 63 (3000) 92 925 26.

50,011 18 84 201 5 (1500) 60 304 (3000) 6 36 (3000) 76 (600) 465 (3000) 523 61 80 609 51 748 838 46 (3000) 919 25 57 (3000) 51,002 39 129 48 50 (1500) 201 24 41 80 302 31 (3000) 32 57 49 418 51 596 626 44 48 737 60 87 823 52 63 52,005 67 86 106 14 71 250 52 59 342 74 443 94 512 33 36 (3000) 75 94 694 710 15 22 (1500) 41 50 801 18 41 50 948 76 53,015 77 84 162 210 (3000) 31 76 (3000) 374 (600) 439 96 539 66 (3000) 70 (3000) 682 98 (3000) 759 846 47 85 90 997 54,188 (200) 231 32 60 (3000) 74 306 (3000) 9 (3000) 92 96 469 70 506 13 (3000) 54 (3000) 624 42 74 711 19 49 807 (3000) 10 989 55,021 24 33 119 (3000) 35 232 69 (600) 322 (3000) 50 69 411 503 95 (600) 608 28 724 66 (3000) 92 (600) 828 65 (3000) 916 19 21 34 (600) 40 88 (600) 56,086 117 37 227 32 (600) 304 52 79 98 443 71 542 53 60 70 (3000) 82 (1500) 623 (3000) 32 90 718 34 48 72 844 905 (3000) 24 29 91 57,003 15 82 183 99 218 (600) 56 79 83 307 8 9 465 89 536 53 98 794 (1500) 905 7 44 57 70 94 58,039 60 97 106 82 253 367 84 455 81 500 19 56 643 755 75 77 834 50 908 29 86 (1500) 59,124 44 122 34 47 76 238 357 469 500 25 607 31 46 (3000) 69 72 74 76 (3000) 706 13 24 30 51 79 (600) 835 48 74 76 941 52.

60,028 121 231 37 60 333 86 87 (3000) 534 57 639 (3000) 84 707 57 806 68 914 27 38 68 61,073 128 37 53 86 213 26 56 213 20 (3000) 406 20 71 (3000) 76 (800) 80 537 (3000) 99 622 65 (3000) 77 701 24 38 813 (3000) 23 33 (3000) 45 62,071 75 153 (3000) 62 (600) 273 334 35 53 94 401 72 502 (3000) 55 603 4 39 82 743 857 497 50 61 63,016 31 36 57 (3000) 73 (600) 76 307 27 77 440 55 93 648 51 54 716 853 920 74 64,007 (3000) 21 246 397 437 546 63 648 63 725 43 (1500) 76 (3000) 88 65,006 (600) 31 127 28 (3000) 33 210 22 82 329 42 56 (600) 65 427 (600) 45 567 88 (3000) 96 644 85 (3000) 711 12 917 78 66,110 21 40 213 37 62 99 363 445 75 98 568 77 99 631 (3000) 48 782 844 938 73 67,030 (1500) 69 95 131 (600) 34 98 246 48 93 316 (3000) 51 67 404 82 644 73 (600) 712 23 28 30 842 923 68,079 229 (3000) 82 (3000) 343 (3000) 90 96 435 (3000) 49 59 573 635 713 809 (1500) 923 45 69,064 112 49 320 27 402 20 (3000) 40 (600) 42 44 72 598 663 810 (1500) 907 10 17 77 85.

70,051 (15,000) 155 72 74 268 434 506 12 (1500) 688 71 741 95 823 913 21 25 67 71,038 (600) 80 193 222 25 62 (600) 88 89 97 316 65 407 (6000) 20 43 (600) 80 506 10 607 30 (600) 57 88 (600) 721 32 95 933 72,052 90 121 31 34 (3000) 225 (1500) 72 337 57 (3000) 425 26 (600) 588 691 747 60 809 63 64 (1500) 75 87 936 73,027 28 41 86 156 64 83 209 (3000) 54 325 51 474 88 (3000) 93 505 30 749 952 74,026 37 57 114 20 43 (600) 92 259 85 329 411 555 71 (3000) 92 94 680 728 812 47 933 76 79 75,096 (600) 136 237 99 467 77 501 28 48 611 (3000) 68 86 924 40 76,079 81 227 (600) 396 419 20 552 643 (3000) 730 830 907 19 51 77,036 57 (3000) 130 (3000) 45 86 211 80 99 477 690 716 32 76 816 28 (3000) 72 900 73 84 (3000) 85 92 78,104 51 253 410 14 17 32 553 624 (600) 30 62 747 90 801 916 79,028 56 92 99 111 20 (3000) 26 (600) 28 (600) 80 237 315 68 412 69 99 558 80 95 609 816 44 992.

80,008 52 109 85 98 290 398 573 91 611 90 720 92 (3000) 814 (1500) 52 63 83 (1500) 910 28 81,212 64 384 478 516 23 68 86 (600) 792 840 925 (600) 82 82,128 62 (3000) 97 (3000) 209 69 (3000) 310 86 456 545 (1500) 37 677 (3000) 94 741 (3000) 89 99 848 905 15 64 83,003 27 45 (600) 82 227 85 826 548 666 97 727 33 61 68 (3000) 844 (3000) 47 (3000) 52 97 84,041 162 215 21 (600) 487 605 80 (3000) 770 (3000) 874 907 10 63 (3000) 85,080 179 224 (600) 49 58 87 359 82 518 620 27 36 94 (3000) 716 26 829 45 (600) 86,001 15 (3000) 17 (15,000) 36 83 99 114 (3000) 19 24 (3000) 62 282 96 303 5 6 76 411 33 534 56 92 709 50 882 (600) 906 87,019 47 73 116 85 327 41 480 562 611 31 758 65 (3000) 867 88,028 29 65 (3000) 101 2 92 (600) 234 50 59 479 (3000) 86 (3000) 553 64 608 27 43 47 (3000) 57 59 65

731 48 815 99 (600) 912 (600) 20 74 89,002 106 55 56 78 (206 19 (600) 47 322 32 91 98 462 96 521 59 (3000) 645 55 948 62. 90,025 94 245 326 (3000) 34 80 420 64 (1500) 91 509 79 700 9 16 25 40 (3000) 46 58 91 862 955 63 (3000) 91,127 38 95 (3000) 234 53 370 402 10 40 93 507 32 733 (1500) 55 910 65 76 92,064 188 335 (3000) 78 32 (3000) 417 42 (3000) 96 508 628 46 (3000) 59 728 99 841 946 33,044 119 396 493 640 60 69 734 37 801 (3000) 41 938 (3000) 45 77 94,073 79 90 132 202 48 71 325 442 (3000) 95 534 92 (3000) 505 8 731 846 60 68 953 (1500) 69.

[Militär-Wochenblatt.] Clebe, Major aagr. dem Hannob. Inf. Regt. Nr. 15, v. Lichtenstein, Major aagr. dem 2. Nassau. Inf. Regt. Nr. 88, v. Leminski, Major aagr. dem Königs-Gren.-Regt. (2. Westpreuss.) Nr. 7, Frhr. v. Steinäder, Oberstl. z. D., zuletzt Major im 1. Garde-Gren.-Landw. Regt., von dem Commando. zur Dienstleistung bei der Eisenbahn-Abtheilung des großen Generalstabes, behufs Information für die Stellung eines Eisenbahn-Linien-Commisars, entbunden. Mittelsaedi, Major à la suite des Schles. Inf.-Art.-Regts. Nr. 6, von dem Commando. nach Württemberg entbunden und mit der Führung des Rhein. Inf.-Art.-Regts. Nr. 8, unter Stellung à la suite desselben, beauftragt. v. Krenski, Gen.-Major und Commr. der 6. Feld.-Art.-Brig., mit Pens., v. Kornaschi, Oberst von der Armee, in Genehm. seines Abschiedsgesuches, mit Pens. und der Unif. des 1. Rhein. Inf.-Regts. Nr. 25, zur Disp. gestellt.

— Berlin, 10. Febr. [Die Stellvertretungs-Vorlage in den Bundesraths-Ausschüssen. — Der Bundesrath und die Gewerbeordnung = Novellen. — Antrag Württemberg.] Morgen Vormittag beginnen in den Bundesraths-Ausschüssen für die Verfassung und Justizwesen die Verhandlungen über die Vorlage, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers. Den Vorsitz führt der Staats-Secretär der Justiz Dr. Friedberg, der von seinem Unwohlsein vollständig wieder genesen. — In der nächsten Bundesraths-Sitzung wird auf Grund mündlicher Berichterstattung Beschluss über die Gesetze, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung und betreffend die Gewerbegerichte, Beschluss gefasst werden. Die Entwürfe sind im Großen und Ganzen nach der Vorlage angenommen worden. Das erstgedachte Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1879 in Kraft. Die in etwas abgeänderten Schlussbestimmungen des Gewerbegerichts-Entwurfs lauten: „§ 19. Wo Gewerbegerichte nach Maßgabe dieses Gesetzes nicht bestehen, kann in Streitigkeiten, welche auf den Antritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeits-Verhältnisses, auf die Ausübung oder den Inhalt des Arbeitsbuchs oder Arbeitszeugnisses sich beziehen, Klage vor dem Gemeinde-Vorsteher erhoben werden. Die Gegenpartei hat sich auf die Klage einzulassen. Zuständig ist der Vorsteher der Gemeinde, in deren Bezirk der Arbeitsvertrag hinsichtlich der Leistungen des Arbeiters seinen Erfüllungsort hat. Der Gemeindevorsteher hat das Verfahren nach den in gleichen Rechtsstreiten für den Vorstehenden des Gewerbegerichts maßgebenden Bestimmungen zu leiten. Seine Entscheidung geht in Rechtskraft über, wenn nicht von einer der Parteien binnen drei Tagen nach der Zustellung oder der in Gegenwart der Parteien erfolgten Verkündung Klage bei dem zuständigen Gericht erhoben ist. Der Gemeindevorsteher kann die Wahrnehmung der ihm hiernach obliegenden Geschäfte mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde einem Stellvertreter übertragen. Derselbe muß aus der Mitte der Gemeindeverwaltung oder Gemeindevertretung und auf mindestens ein Jahr berufen werden. Die Berufung ist bekannt zu machen. § 20. Bis zum Inkrafttreten des Gerichtsverfassungsgesetzes finden gegen die Entscheidungen der Gewerbegerichte die in den geringfügigsten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zulässigen Rechtsmittel bei den für solche zuständigen Gerichten statt; für die Zwangsvollstreckung sind die Bestimmungen über die Zwangsvollstreckung in den geringfügigsten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten maßgebend. § 21. Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden keine Anwendung: 1) auf Streitigkeiten der Kaufleute und Apotheken mit ihren Arbeitern; 2) auf Streitigkeiten der Vorstände der unter öffentlicher Verwaltung stehenden Betriebsanlagen mit den in den letzteren beschäftigten Arbeitern. § 22. Die Verfassung und die Zuständigkeit der auf Grund der bestehenden landesgesetzlichen Bestimmungen zur Entscheidung von Streitigkeiten der oben bezeichneten Art berufenen, besonderen Gerichte werden durch dieses Gesetz nicht berührt. § 23. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1879 in Kraft. Die bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes abhängigen Streitigkeiten werden in dem bisherigen Verfahren erledigt. § 24. Die erforderlichen Maßnahmen, um bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes Gewerbegerichte nach Maßgabe der Bestimmungen (§§ 1—10) herzustellen, können bereits vor diesem Zeitpunkte getroffen werden. Die für die Entscheidung der im § 108 Abs. 1 der Gewerbeordnung bezeichneten Streitigkeiten bestehenden Schiedsgerichte bleiben, so lange Gewerbegerichte auf Grund dieses Gesetzes noch nicht gebildet sind, jedoch nicht über den 1. Juli 1879 hinaus in Wirksamkeit. Die vor dieselben gehörigen Streitigkeiten sind in dem bisherigen Verfahren zu verhandeln und zu entscheiden.“ — Der Rechnungs-Ausschuss des Bundesraths hat beantragt, daß die in der Rechnungs-Periode vom 1. Januar 1876 bis 31. März 1877 durch zinsbare Anlegung der Bestände der französischen Kriegskosten-Entschädigung gewonnenen Zinsen von zusammen 611,474,91 Mark an die einzelnen am Kriege theilhaftig gewesenen Finanzgemeinschaften dergestalt vertheilt werden, daß davon: der ganzen Kriegsgemeinschaft 183,937,91 M., derselben mit Ausnahme von Bayern 8,047 M., dem Norddeutschen Bunde, Baden und Südbayern 160,665 M. und dem Norddeutschen Bunde für sich 258,825 M. zufallen. — Die württembergische Regierung hat bei dem Bundesrathe folgenden Antrag gestellt: „Der Bundesrath wolle dahin Beschluss fassen, daß außer der schon früher anerkannten, von Württemberg in den Jahren 1872 bis 1874 aus Landesmitteln zu Kasernementsanlagen verausgabten Summen von 2,254,295 M. auch die Erstattung der von Württemberg in den Jahren 1867 bis 1871 für Kasernements-Einrichtungen aus Landesmitteln in außerordentlicher Weise geleisteten Ausgaben im Betrage von 553,206 M. in derselben Weise geregelt werden, wie die Erstattung der bereits anerkannten Forderungen des Königreichs Sachsen und der Großherzogthümer Baden, Mecklenburg-Schwerin und Hessen resp. der anerkannten Forderung Württembergs von 2,254,295 M.“

[Massenaustritt aus der Landeskirche.] Die Agitationen der socialdemokratischen Parteiführer für den Massenaustritt aus der Landeskirche dauern noch immer fort und scheinen doch zu größeren Erfolgen führen zu sollen, als man bisher wohl glauben mochte. Wenigstens erzählt das „Berl. Tgl.“ von direct theilhabiger und, wie wir darum annehmen müssen, von gut unterrichteter Seite, daß die Austrittsanmeldungen beim hiesigen Stadtgericht über alles Erwarten zahlreich eingegangen sind. Sedenfalls ist die Zahl verhältnißmäßig sehr groß, und sollten deshalb die orthodoxen kirchlichen Organe nicht vorzeitig mit ihrem Hohn über die angeblich mißlungene Austrittsbewegung sein, wie sie es zum Theil schon sind, wenn sie spöttisch auf die paar Menschen hinweisen, die zum Austritt entschlossen wären. Unter allen Umständen ist die Zahl der aus der Landeskirche Austretenden, wie groß dieselbe auch sein mag, ein neuer handgreiflicher Beweis dafür, daß Versuche, wie die von Herrn Hofprediger Süßler und Genossen, nicht bloß politisch verfehlt sind, sondern daß sie auch für die Kirche im Weiteren noch sehr verhängnißvoll werden können.

[Marine.] Briefsendungen x. für S. M. Kanonenboot „Nautilus“ sind von heute ab bis auf Weiteres nach Port Said zu dirigiren.

Frankreich.

© Paris, 7. Februar. [Das Gerücht vom Einzuge der Russen in Konstantinopel. — Der Tod des Papstes. — Die deutsche Thronrede. — Parlamentarisches. — Ein Rundschreiben Sympot's.] Die politische Welt ist heute durch die Nachricht von dem Einzuge der Russen in Konstantinopel in Aufregung versetzt worden. Einem solchen Ereigniß gegenüber verlieren die Vorgänge der inneren Politik ihre Bedeutung, und die Aufmerksamkeit wird um so mehr nach auswärts gelenkt, als man stündlich die Kunde von dem Tode des Papstes erwartet. An der Börse hieß es, daß Pius IX. bereits heute Vormittags 11 Uhr verschieden sei. Daß die Russen, sobald in die türkische Hauptstadt einzuziehen werden, habe man hier nicht vermuthet, und im ersten Augenblick empfand man eine Bestürzung, die sich in der Haltung der Börse bemerklich machte. Nachher indes machte sich die Ansicht geltend, daß mit der Besetzung Konstantinopels nur ein Punkt der Waffenstillstandsbedingungen zur Ausführung gekommen sei, und die optimistische Stimmung kam wieder zum Durchbruch. Es bleibt jedenfalls zunächst abzuwarten, welche Bewandniß es mit der Occupation hat, ob die Russen sich bloß in Konstantinopel zeigen, um ihren Sieg zu krönen, oder ob sie es auf eine eigentliche temporäre Besetzung, die England sehr mißfallen würde, abgesehen haben. Die deutsche Thronrede hat wenigstens dazu beigetragen, daß man hier beständig trotz aller bedenklischen Zwischensfälle an eine glückliche Lösung glaubt. Bei dieser Gelegenheit kann wohl unbemerkt bleiben, wie sich seit einiger Zeit die Stimmung des französischen Publikums Deutschland gegenüber gebessert hat. Zum ersten Male seit dem Kriege scheint es wirklich, als ob die Franzosen sich in die vollendeten Thatfachen fügen wollten. Die Sprache der liberalen Presse ist in dieser Beziehung bezeichnend genug, aber noch bezeichnender ist es, daß die clerical-monarchische Coalition diesen Umschwung in der bekannten patriotischen Manier für ihre Parteizwecke auszunutzen sucht, indem sie die Republikaner anschwärzt, weil dieselben sich so offenkundig mit Deutschland einlassen. Es wird vermuthlich und hoffentlich dem Clericalismus hiermit ergeben, wie es ihm mit seinen Fegereien gegen Italien ergangen. — Die Kammer discutirt heute das Kriegsbudget, der Senat wählt einen Lebenslänglichen. Da die Republikaner einerseits an Victor Lezrange festhalten, die Constitutionellen und das rechte Centrum andererseits an Duc Decages, von welchem wieder die Royalisten nichts wissen wollen, so war man in Versailles von vorn herein auf die Resultatlosigkeit der Abstimmung gefaßt. Die Rechte hatte beschlossen, beim vierten Wahlgang, den man auf morgen festsetzen wollte, die Candidatur Escancelin's statt derjenigen des Duc Decages aufzustellen. Für Escancelin wollen auch die Royalisten stimmen, obgleich derselbe ein speccifischer Orleansist ist und ein intimer Freund der Prinsen von Orleans. Wie man weiß, gelang es ihm am 24. Februar 1848 die Herzogin von Montpensier in seiner Wohnung zu verbergen und sie unerkannt über die Grenze zu bringen. Im Jahre 1869 wurde er in den gesetzgebenden Körper gewählt, wo er neben Thiers saß. Binnen Kurzem wird der Senat über das Amnestiegesetz zu berathen haben. Ob dasselbe unverändert durchgehen wird, steht noch dahin; die Rechte will dasselbe Amendement einbringen, welches die Bonapartisten in der Kammer schon ohne Erfolg eingebracht hatten; sie will verlangen, daß man die Amnestie auf die vor dem 16. Mai und nach dem 14. December begangenen Verbrechen ausdehne; mit anderen Worten, sie will nicht zulassen, daß die Amnestie als die Verurtheilung der Politik vom 16. Mai erscheine. Was die Rechten gegenwärtig der Kammer vorliegenden Garantiegesetze angeht, so scheint die Rechte des Senats ihnen keinen Widerstand entgegenzusetzen zu wollen. — Die Mitglieder der großen Untersuchungs-Commission, die sich in die Departements begeben haben, melden der Commission, daß sie überall eine sehr entgegenkommende

Torpedos Rührigkeit und Schnelligkeit gestatten, und welche Resultate diese furchtbare Waffe auch in der Offensive, wo sie bisher noch nicht zur Verwendung gelangte, zu erzielen vermag. Allerdings ist die indolente Handhabung des Dienstes, wie sie auf den meisten türkischen Kriegsschiffen üblich ist, bei der englischen Marine ein Ding der Unmöglichkeit, in dessen ist durch das russische Verfahren mit Torpedos constatirt, daß die Anwendung dieser unterseischen Minen schon weit über die bloße Vertheidigung unbesetzter Küsten hinausreicht, und einer Zukunft entgegengeht, welche unter Umständen über kurz oder lang, die Thätigkeit auch der mächtigsten Flotten stark zu reduciren im Stande sein wird, und dadurch von ungeheurer Verthe für diejenigen Mächte, welche zur See über verhältnißmäßig geringe Streitkräfte verfügen, werden dürfte. — Die Unterzeichnung des Waffenstillstandes hat auf die hier sich aufhaltenden Lieferanten begreiflicherweise einen depressirenden Eindruck hervorgebracht; die Sache war noch vor kurzer Zeit so günstig, der schließliche Eintritt Englands war zu erwarten u. s. w. Nun mit einem Schlage die schönsten Hoffnungen zertrümmert! Es stellt sich jetzt immer mehr heraus, daß nur sehr Wenige „gute Geschäfte“ gemacht haben, eine ganz erkleckliche Anzahl ausländischer Geschäftsleute sehen sich nicht allein getäuscht in ihren ursprünglichen Hoffnungen, sondern werden mit beträchtlichen Verlusten heimkehren und von den russischen Lieferungen „genug haben“.

[Das russisch-türkische Schutz- und Trugbündniß.] Wir haben bereits erwähnt, daß der Bestand eines russisch-türkischen Bündnisses als wahrscheinlich gelte; das „W. Tgl.“ will nun wissen, daß ein solches Bündniß thatsächlich abgeschlossen sei. Das genannte Blatt schreibt:

Aus einer Quelle, die wir als eine unbedingt verlässliche bezeichnen können, erhalten wir die Nachricht, daß am 2. Februar in Adrianopel ein Schutz- und Trugbündniß zwischen dem Caren und dem Sultan abgeschlossen wurde. Das Document ist russischerseits von Staatsrath Melikow, türkischerseits von Serdar Pascha gezeichnet. Es enthält nur drei Artikel. In dem einen werden die Gebietabtheilungen präcisiert, welche der Sultan, um seinem Allirten einen Beweis seiner freundschaftlichen Gesinnungen zu geben, an Serbien, Montenegro und eventuell an Rumänien zu machen bereit ist. In dem zweiten Artikel übernimmt der Czar in feierlicher Weise die Verpflichtung, alle Verfügungen des Sultans, wo immer sie sich befinden mögen, gegen welchen Feind immer mit allen Mitteln und auch mit den Waffen in der Hand zu beschützen und wird die formelle Garantie für den Besitzstand der Türkei von Seite Russlands übernommen. In dem dritten und schlußartigen Artikel werden sich beide Mächte zu gegenseitiger Abwehr, so daß, wenn die Worte von irgend welcher Macht angegriffen werden sollte, Russland zur Hülfeleistung verpflichtet ist, und daß, wenn irgend welche Macht aus Russland den Krieg erklären sollte, der Sultan verpflichtet ist, seine Macht mit jener Russlands zu vereinigen, um den Angriff abzuwehren. Dies gilt selbstverständlich auch für den Fall, wenn jetzt, da russische Streitkräfte auf türkischem Boden stehen, diese von irgend einer Macht bedroht oder förmlich angegriffen werden sollten.

Selbstverständlich ist diese Mittheilung mit Vorsicht aufzunehmen.

Provincial-Beitung.

— d. Breslau, 8. Febr. [Nächte-Dder-Ufer-Bezirksverein.] Die am 7. d. Mts. im Casperle'schen Saale auf der Matthiasstraße abgehaltene, von circa 160 Personen besuchte Versammlung eröffnete der Vorsitzende, Expeditions-Vorsteher Melker, mit der Mittheilung über die Constatirung des Vorstandes: Expeditions-Vorsteher Melker, Vorsitzender, Telegraphen-Inspcctor Neumann, Stellvertreter, Kaufmann Guttman, Schriftführer, Seifenfabrikmeister Rosenbaum, Stellvertreter, Rentant Haare, Kassirer und Tischlermeister Kiezer, Stellvertreter. — Den aus dem engeren Vorstande ausgeschiedenen Mitgliedern, speciell dem Schriftführer, Regierungs-Secretär Warzecha, spricht der Vorsitzende für ihre Thätigkeit den Dank des Vereins aus. Zum Zeichen des Dankes erhebt sich die Versammlung von den Plätzen. — Der Vorsitzende macht folgende Mittheilungen: Magistrat erwidert auf eine Vorstellung des Vereins, daß die Niedergasse sich gegenwärtig in fahrbarem Zustande befinde und auch darin erhalten werden solle. Eine künftige Verbesserung der Gasse sei aber zur Zeit nicht ausführbar. — Bezüglich einer Petition des Vereins, betreffend das langsame Fahren von und zu der Oberbrücke, haben Verhandlungen zwischen Magistrat und Polizeipräsident stattgefunden. Dem Wunsche des Vereins wird von den Behörden entprochen werden. — Aus einer amtlichen Klarstellung über Fälle von Unfährigkeit, welche auf dem Matthiasplatz und Umgegend vorgekommen sein sollen, geht hervor, daß die betreffenden Zeitungsmittelungen seiner Zeit ohne allen Grund gewesen sind. — Nach weiteren Mittheilungen über Anträge und Verhandlungen in der Stadtverordneten-Versammlung wurde folgender Antrag des Telegraphen-Inspectors Neumann angenommen: „Der Bezirksverein wolle die Direction der Pferdeisenbahn im allgemeinen Interesse ersuchen, die Haltestellen der Pferdeisenbahn-Wagen genau festzustellen und die betreffenden Haltepunkte für das Publikum durch Schilder mit Aufschriften oder durch ähnliche Werkzeichen kenntlich zu machen.“ — Beschlossen wird, das Stiftungsfest am 16. Februar im Schießerwerder durch Souper mit folgendem Tanz zu feiern. — Hierauf hielt Fabrikbesitzer Alig über Vorträge über die von ihm gefertigten Patent-Holzröhren. Redner weist darauf hin, daß die Beschaffenheit der bisher bei der Canalisation zur Verwendung gekommenen Röhren selbst in den Reihen der Freunde der Canalisation mannigfache Bedenken erregen. Die häufigen Brüche der Thonröhren würden uns mit mannigfaltigen Uebelständen, als Verfalls-Störungen, kostspieligen Reparaturen, Grundwasser-Verunreinigungen, Keller-Überschwemmungen mit folgendem Mauerwerkswand u. dergleichen. Niemand könne wohl behaupten, daß die Dichtungen der Thonröhren mittelst Lehm oder Leiste für die Dauer wasserdicht seien. Daß man nicht schon früher statt der Thonröhren andere Leitungsmittel angewendet habe, lag daran, daß man nichts Besseres an die Stelle zu legen hatte. Redner glaubt nun, daß die von ihm fabricirten Patent-Holzröhren die mannigfachen Uebelstände der Thonröhren beseitigen würden. Diese Holzröhren werden nach Art der Fackelconstruction aus Dauben (mit Nuthen) hergestellt und mittelst galbanisirten und in Asphalt gebüllten Drahtes fest und dicht zusammengehalten. Die einzelnen Dauben sind mit creosothaltigem Steinleim imprägnirt. Die äußere Seite des Rohres mit ihrer Drahtumhüllung wird zuletzt mit heißem Asphalt oder didem Steinleim überzogen oder mit einem Gemenge aus Kalksand und reinem Sand überstreut. Die Längen der Röhren sind auf mindestens 5 oder mehr Meter angenommen. Die Dauerhaftigkeit dieser Röhren sei größer als die der Röhren aus Blei, Eisen und Thon. Die Widerstandsfähigkeit der Holzröhren gegen inneren Druck beträgt 12 bis 20 Atmosphären. Schließlich ladet Redner den Verein zum Besuch seiner Fabrik ein, um die Fabrication der Holzröhren in Augenschein zu nehmen. Dieser Besuch soll künftigen Dienstag, Nachmittags 3 Uhr, stattfinden. — Hierauf gelangt folgender Antrag zur Annahme: Den Magistrat zu ersuchen, die Trottoirplatten auf den Bürgersteigen der Unterstadt-Überbrücke mit einer bestimmten Neigung umlegen zu lassen, damit das Regenwasser abfließen könne. — Bezüglich einer Frage, ob die Fortführung der Pferdeisenbahn über die Rosenthalerstraße oder über den Matthiasplatz stattfinden werde, bemerkt Maurermeister Urban, daß von der Direction wohl die letztere Tour gewählt werden würde, weil von Hausbesitzern des Matthiasplatzes eine pecuniäre Unterstützung angeboten worden sei, wenn die Route über den Matthiasplatz vor derjenigen über die Rosenthalerstraße vorgezogen werde.

[Notizen aus der Provinz.] * Dels. Die „Locomotive“ meldet unterm 9. Febr.: Dem gestrigen Abend um 7/8 Uhr von Dels nach Gnesen abgehenden Zuge drohte dicht hinter Damm, wo der Damm 16 Fuß hoch ist, eine Entgleisung, indem an der Maschine ein Radreifen sprang. Der Unfall wurde glücklicherweise so zeitig bemerkt, daß der Zug zum Stehen gebracht werden konnte. Nachdem derselbe nach Dels zurückgebracht worden, wurde er um 9 Uhr nochmals von hier abgefahren. + Wüstenaltdorf. Der hies. „Grenzboten“ berichtet: Am Schluß der Montag-Abend-Sitzung des hiesigen Gewerbe-Vereins hatte der Vorsitzende Herr Baumeister Wau, die Gäste, die anwesenden Mitglieder durch Anschauenlassen einer sogenannten „Wunderblume“ aufs Angenehmste zu überraschen. Derselbe zeigte vorerst eine künstlich gearbeitete weiße Camelle mit ziemlich vergangenen Blättern; sodann legte er dieselbe in Ermangelung des Sonnenlichtes, kurze Zeit der Einwirkung von Magneten aus. Als daselbst erloschen, vernahm man in dem nun dunklen Zimmer von den Anwesenden Rufe des höchsten Erstaunens, denn ein azurblaues herrliches

Blumengebild in das frischeste Grün der Blätter gekleidet, strahlte wie ein lieblicher Stern über ihren Häuptern. Jene unheimliche Camelle, welche man zuvor erst gesäht, leuchtete jetzt in einer Art Verklärung berab. — Die Bestandtheile dieser reizenden Blume sind zur Zeit noch ein Geheimniß des uns unbekannten Erfinders.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegraphen-Bureau.)
Wien, 9. Febr. Wie die „Polit. Corresp.“ erfährt, werden im Palais Dolmabahische Vorbereitungen für eine in Aschatsba in Ansticht genommene Zusammenkunft des Sultans mit dem Großfürsten Nicolaus getroffen. — Eine Meldung der genannten Correspondenz aus Rom bestätigt, daß alle Entschlüsse in Bezug auf das Conclave von dem heiligen Collegium bis zur Ankunft der ausländischen Cardinäle vertagt worden seien. Die Botschafter der katholischen Mächte, welchen ein Vetorecht zusteht, haben gestern bei dem österreichischen Botschafter, Grafen Paar, eine Conferenz abgehalten.

Wien, 9. Febr. Der „Polit. Corresp.“ wird aus Athen gemeldet: Nachdem mehrere auswärtige Mächte den Schutz der nationalen Rechte der Hellenen zugesagt haben, ist Sogno der Befehl erteilt worden, bis zu dem Zusammentritt und eventuell bis zu dem Ende der Conferenz defensiv in seinen jetzigen Stellungen zu verbleiben. Die Rüstungen werden einweilen fortgesetzt.

Wien, 9. Febr. Wie die „Wiener Abendpost“ vernimmt, gab die italienische Regierung unmittelbar nach dem Ableben des Papstes die Erklärung ab, daß alle Anordnungen getroffen seien, um die Freiheit der Verhandlungen des Conclaves zu sichern. Die österreichische Regierung habe hieron mit vollster Befriedigung Akt genommen und der italienischen Regierung die volle Zuversicht ausgedrückt, daß letztere sowohl den Willen haben, als auch die Möglichkeit besitzen werde, diesen Zusicherungen durch die That zu entsprechen.

Wien, 10. Febr. Die „Montagsrevue“ meldet, die Conferenz werde unter dem Vorsitze des Fürsten Gortschakoff zusammentreten. In Wien werde dieselbe nicht tagen.

Wien, 10. Febr. Telegramm der „Presse“ aus Bukarest: Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten macht in einem Circular an die Hafencommandanten bekannt, daß die Schifffahrt auf der Donau bis Nikopolis freigegeben und die Ausfuhr von Cereallen wie in normalen Zeiten gestattet ist.

Pest, 9. Febr. In der heutigen Sitzung des Unterhauses brachte der Abg. Gernatory eine Interpellation an den Minister-Präsidenten ein in Betreff des Zusammentrittes der Conferenz und in Betreff der Bedingungen des Waffenstillstandes, welche ihm als strategische mehr gegen die fremden Mächte, als gegen die Türkei gerichtete Dispositionen erschienen.

Rom, 9. Febr. Wie die „Italia“ wissen will, wäre die gestrige Versammlung der Cardinäle eine sehr bewegte gewesen, einige der Cardinäle sollen sogar das Wort „Schisma“ gebraucht haben. Cardinal di Pietro drohte einige Male die Sitzung aufzuheben. Man wollte den hinterlassenen Anordnungen Pius IX. in Betreff des in Rom abzuhaltenden Conclaves nicht Rechnung tragen, dieselben nur als einfache Rathschläge ansehen. Für einen Augenblick glaubte man, daß die Anhänger des Cardinal Manning die Oberhand gewinnen würden, dieselben blieben aber bei der Abstimmung über die Zwischenfrage in der Minorität. Die Partei der Intransigenten änderte alsdann ihre Taktik, indem sie die Unzulänglichkeit der Localitäten vorschlug. Die Gemüther sollen so erbittert gewesen sein, daß eine ruhige Discussion zur Unmöglichkeit wurde und die Sitzung auf heute vertagt werden mußte. — In der heutigen Sitzung fehlten beim Aufruf mehrere Cardinäle; diejenigen, welche gestern die Nothwendigkeit des Conclaves in Rom betonten, hatten gedroht, den Saal wieder verlassen zu wollen. In der gestrigen Versammlung traten mehrere Cardinäle, die man für Anti-Italiener hielt, für Rom als den Ort des Conclaves ein, während wieder andere, bei welchen man eine ganz andere Anschauung vermutet hatte, das Conclave außerhalb Roms befürworteten. — Die „Voce della Verita“ glaubt in ihrer letzten Ausgabe versichern zu können, daß das nächste Conclave in Rom abgehalten werde. — In Genua, Mailand und Livorno fanden Demonstrationen gegen das Garatiegesetz statt; dieselben waren jedoch ohne Bedeutung und wurde die geringe Zahl der Demonstranten ohne Anstand zerstreut. Die Regierung ergreift Maßnahmen, um ähnliche Kundgebungen zu verhindern und die Ordnung um jeden Preis aufrecht zu halten.

Rom, 9. Febr. Wie verlautet, rath das Testament des Papstes, das Conclave in Rom abzuhalten. Die „Opinione“ sieht das Stattfinden des Conclaves in Rom als beschlossene Sache an. — Wie die „Riforma“ sagt, seien alle in Rom domicilirten Cardinäle darüber einig, einen Collegen vorgeschrittenen Alters und italienischer Nationalität zum Papste zu wählen und sollen die deutschen Cardinäle mit der italienischen Partei einverstanden sein. Wie es scheint, habe man nicht die Absicht, einen Cardinal zu wählen, der bei den Vorgängen unter dem Pontificate Pius IX. viel compromittirt gewesen ist. — Demselben Blatte zufolge hätten die nach dem Piräus abgehenden italienischen Kriegsschiffe eine andere Bestimmung erhalten, es dürfte daher für den Augenblick die Gefahr für die Seefürsten Griechenlands abgewendet sein. — Ueber die Erkrankung Garibaldi's verlautet keine Details.

Rom, 9. Febr. Nachdem die für die Abhaltung des Conclaves in Aussicht genommenen Räumlichkeiten sich als unzulänglich erwiesen haben, hat das Cardinal-Collegium das hinter der Peterskirche gelegene Capitelshaus dazu bestimmt, in der Voraussetzung, daß die italienische Regierung die ungestörte Abhaltung des Conclaves sichert. Der Cardinal Preci unterhandelt mit der italienischen Regierung durch Vermittelung des französischen Botschafters. Wie verlautet, ist die Minorität der Cardinäle, welche das Conclave außerhalb Roms abzuhalten wünschen, sehr gering.

Rom, 10. Febr. Nach dem Eintreffen der abwesenden Cardinäle wird sich das heilige Collegium als permanente Congregation erklären. Wegen Andrang zur päpstlichen Leiche ist Militär requirirt.

Rom, 10. Febr. Die italienische Regierung hat anlässlich des Conclaves alle Maßregeln getroffen zur Aufrechterhaltung der Ordnung, die übrigens wahrscheinlich gar nicht gestört werden dürfte. Die Garisonen von Rom ist verstärkt worden. Die bei dem Vatican beurlaubten Vertreter Frankreichs, Oesterreichs, Portugals und Spaniens haben häufige Conferenzen. — Heute früh wurden die sterblichen Ueberreste des Papstes öffentlich ausgestellt. Der Besuch ist sehr groß. Nobelparden versehen den Dienst. — Dem „Popolo Romano“ zufolge wurde mit großer Majorität beschlossen, das Conclave in Rom abzuhalten. Nur 11 Stimmen seien dagegen gewesen. — Nach den neuesten Nachrichten ist in dem Bestinden Garibaldi's eine Besserung eingetreten.

Rom, 9. Febr. Der Leichnam des Papstes wird heute Abend nach der Atrinitischen Kapelle und von dort nach der Basilika St. Peter gebracht werden, wo er am Sonntag, Montag und Dienstag ausgestellt bleibt. — Heute Abend versammelt sich abermals die Congregation der Cardinäle, um über das Conclave zu beraten. — Man glaubt, daß die Mehrzahl der französischen und österreichischen Cardinäle ihr Votum zu Gunsten Roms als Ort des Conclaves abgeben werde.

Florenz, 9. Febr. Als nach dem Requiem, welches für Victor Emanuel abgehalten war, die Arbeitervereine wieder nach Hause zurückkehrten, kam es zu Ruhestörungen, indem ein Indolbium eine Drini-Bombe unter die Massen warf; es wurden hierdurch 5 Menschen verwundet. Der Thäter wurde verhaftet und konnte kaum vor der Wuth der auf ihn eindringenden Menge geschützt werden.

Paris, 10. Febr. Die von auswärtigen Blättern gebrachte Nachricht, daß zwei französische Panzerschiffe Befehl erhalten hätten, nach Konstantinopel zu gehen, wird von der „Agence Havas“ für unbegründet erklärt.

Versailles, 9. Febr. Sitzung des Senats. Es wurde beschlossen, am Tage des Leichenbegängnisses des Papstes keine Sitzung abzuhalten. — Vorgerichtet eine Interpellation an den Minister-Präsidenten Dufaure über den Abschluß des Berichtes des Rechnungshofes in Betreff der Finanzverwaltung der Regierung vom 4. September. Dufaure erwiderte darauf, daß das Finanzministerium mit der Prüfung der Rechnungen beschäftigt sei, dieselbe biete aber oft große Schwierigkeiten. Angesichts der Verhältnisse müsse man Nachsicht üben. Sodann richtete der Minister die Frage an den Interpellanten, warum er seine Interpellation nicht eingebracht habe, als seine Freunde die Macht in Händen hatten. Die Interpellation sei ohne jeglichen Nutzen. Der Herzog von Audiffret-Pasquier gab darauf, gegenüber einer Behauptung Vorgerichts, die Versicherung ab, daß kein Schriftstück abhanden gekommen sei, so lange er in der Rechnungcommission den Vorsitz geführt habe. Der Zwischenfall fand hiermit seine Erledigung. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die Dringlichkeit für den Gesetzentwurf über den Belagerungszustand beschlossen.

London, 9. Febr. Heute Nachmittag fand in Cremorne-Garden ein großes Meeting unter dem Vorsitze Sir Coutts Lindsay's statt. Mehrere Mitglieder des Parlaments wohnten demselben bei. Es wurden mit großer Majorität zwei Resolutionen angenommen, in welchen die Versammlung ihrem Vertrauen zu der Politik der Regierung Ausdruck gab.

London, 10. Febr. Wie dem „Reuter'schen Bureau“ aus Konstantinopel gemeldet wird, existirt zwar kein geheimes Abkommen in Betreff eines Bündnisses der Türkei mit Russland, jedoch soll die Mehrzahl der türkischen Minister einer solchen Allianz nicht abgeneigt sein.

Petersburg, 9. Febr. Officielles Telegramm. Auf Befehl des Kaisers Alexander ist das Verbot der Ausfuhr von Getreide und anderen Nahrungsmitteln, sowie von Fellen und anderen Fabrikationsstoffen dieser Art aus russischen Häfen aufgehoben worden.

Petersburg, 9. Febr. Die „Agence Russe“ bespricht die Absendung der englischen Flotte nach dem Bosporus und bemerkt, daß dieser Entschluß des englischen Cabinetes, obgleich derselbe durch die Nothwendigkeit, die christliche Bevölkerung in Konstantinopel beschützen zu müssen, motivirt würde, Russland die Freiheit seiner Handlungsweise wiedergebe. An sich habe Russland bereits bei Gelegenheit des Berliner Memorandum die Absendung von Flotten vorgeschlagen, wie auch die Entsendung des Generals Sumarokoff nach Wien im Jahre 1876 den Zweck gehabt habe, Kooperationen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zu einer billigen und dauerhaften Lösung der orientalischen Frage durch die europäischen Mächte herbeizuführen. Auch jetzt könne die englische Flotte als Hilfsmacht angesehen werden. In jedem Falle werde Russland sein Verhalten nach dem Englands einrichten.

Petersburg, 10. Febr. Der „Regierungsanzeiger“ meint, wenn die vermittelnden Waffenstillstandspräliminarien Djeffa und Sebastopol als die Orte nannten, wo die weiteren Verhandlungen stattfinden sollten, so entkamte diese Absicht einer früher im Hauptquartier gehegten Auffassung. Nach dem inzwischen eingetretenen Thatbestande würden, da die Unterzeichnung der Präliminarien in Adrianopel erfolgte, auch die weiteren Verhandlungen in dieser Stadt stattfinden.

Petersburg, 10. Febr. Sonnabend fand unter dem Protectorat des deutschen Botschafters ein Subscriptionsball der hiesigen Deutschen, zum Besten der hiesigen Verwundeten statt, dessen Erfolg sehr befriedigend war.

Bukarest, 9. Febr. In der Sitzung des Senates meldete Stourdza eine Interpellation darüber an, ob die Regierung die Bedingungen des Waffenstillstandes kenne und mittheilen wolle und ob dieselbe den Congress beschicken werde, um die Rechte Rumäniens zu vertheidigen. — In der Sitzung der Deputirtenkammer wurden mehrere Petitionen der Einwohner von Verlad's verlesen, in welchen dieselben sich zu jedem Opfer für die Integrität Rumäniens bereit erklärten.

Athen, 9. Febr. Die Insurgenten in Epirus haben vermittelst eines Decrets ihre Vereinigung mit Griechenland ausgedehnt und zugleich die Christen in Albanien und Epirus zu den Waffen gerufen. — Das Gros der griechischen Armee ist nach Lamia zurückgekehrt. General Sogno soll seinen Abschied eingereicht haben.

New-York, 9. Febr. Hier eingegangene Nachrichten aus Süd-Amerika berichten von einem daselbst stattgehabten sehr heftigen Erdbeben, durch welches die Städte Lima und Guayaquil fast gänzlich zerstört worden sind.

(Aus L. Girsch's Telegraphen-Bureau.)

Rom, 8. Febr. Heute fand während des Geläutes sämmtlicher Glocken der 360 Kirchen Roms die Ceremonie der Abhebung des Fischringes vom Finger des verstorbenen Papstes statt. Fast alle Kaufäden Roms sind geschlossen. Der Beginn des Conclaves erfolgt erst in einigen Tagen.

Konstantinopel, 9. Febr. (Officiell.) Da infolge des zwischen der Türkei und Russland abgeschlossenen Waffenstillstandes die Feindseligkeiten sowohl zu Lande als auch zu Wasser eingestellt worden sind, wird soeben durch einen kaiserlichen Trabe die Aufhebung der Blockade auf dem Schwarzen Meere während der Dauer des Waffenstillstandes angeordnet.

Berlin, 9. Febr. Spiritus loco „ohne Faß“ 51.4 Mk. bez., per Februar 50.9—50.7 Mk. bez., per Februar-März 50.9—50.7 Mk. bez., per April-Mai 52.5—52.2 Mk. bez., per Mai-Juni 52.7—52.4 Mk. bez., per Juni-Juli 53.7 bis 53.4 Mk. bez., per Juli-August 54.8—54.4 Mk. bez., per August-Septbr. 55.3—55 Mk. bez. Gefündigt — Liter. Kündigungspreis — W.

Posen, 10. Febr. [Provincial-Actienbank.] In der heute hier abgehaltenen Aufsichtsrathssitzung der Posener Provincial-Actienbank wurde beschlossen, der demnächst abzuhaltenden General-Versammlung die Erhöhung des Reservefonds auf die Maximalhöhe von 750,000 Mark, die Zurücklegung von 30,400 Mark als Extrarserve und die Vertheilung einer Dividende von 6% pCt. vorzuschlagen.

Oz. 3. [Berliner Viehmarkt.] Freitag, 8. Febr. Auftrieb: 81 Rinder beste Waare nicht vorhanden, übrige Qualitäten (schnelle geräumt, 11a 49—51 Mk., 11b 33—36 Mk. per 100 Pfd. Schlachtgewicht; 639 Schweine und 312 Sammel, flaves Geschäft zu letzten Preisen; 676 Kalber, wenig gefragt, 30 bis 50 Pfd. per 1 Pfd. Schlachtgewicht.

Glasgow, 5. Febr. [Eisenbericht von Theodor Herz, vertreten durch W. J. Ulrich in Breslau.] In Folge der friedlichen Aussichten war der Roheisenmarkt in der verfloßenen Woche recht belebt und Preise fast durchweg höher. Gem. Roß. Warrants gingen gestern auf 52 1/2 Caste, schließten heute aber wieder zu 51/9. Der Vorrath im Store (Warrants) beträgt 170,684 Tons gegen 168,060, Tons Ende vorigen Jahres.

